

Inhaltsverzeichnis

EINLEITUNG	25
ALLGEMEINER TEIL: DAS RECHT AUF INFORMATIONELLE SELBSTBESTIMMUNG IM RAHMEN DER TERRORABWEHR	29
1. KAPITEL: DAS RECHT AUF INFORMATIONELLE SELBSTBESTIMMUNG	29
<i>A. Entwicklung der grundgesetzlichen Gewährleistungen.....</i>	<i>29</i>
I. Schutz der Privatsphäre	29
1. Allgemeines Persönlichkeitsrecht	30
2. Sphärentheorie.....	33
3. Aspekt der Selbstbestimmung.....	36
II. Anerkennung des Grundrechts auf informationelle Selbstbestimmung im Volkszählungsurteil.....	38
1. Inhalt, Ursprung und Beschränkung des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung	40
2. Verfassungsrechtliche Rechtfertigung von Eingriffen	46
3. Wichtige inhaltliche Maßgaben und Folgen des Volkszählungsurteils	48
III. Weiterentwicklung und Konkretisierung der informationellen Selbstbestimmung.....	51
IV. Erweiterung um „Computergrundrecht“ im Urteil über die Online-Durchsuchung.....	56
<i>B. Schutz der informationellen Selbstbestimmung in den Landesverfassungen.....</i>	<i>60</i>
<i>C. Überblick über den einfachgesetzlichen Datenschutz.....</i>	<i>62</i>
<i>D. Persönlichkeits- und Datenschutz auf internationaler Ebene</i>	<i>65</i>
I. Art. 8 EMRK	68
II. Art. 8 EU-Grundrechtecharta	72
III. Europäische Datenschutzrichtlinie	74
2. KAPITEL: FREIHEIT UND SICHERHEIT IN ZEITEN DES INTERNATIONALEN TERRORISMUS	79
<i>A. Strukturen und Formen des Terrorismus.....</i>	<i>79</i>

I. Definitionsansätze	79
II. Zielrichtung des Terrorismus	81
III. Besonderheiten des islamistischen Terrorismus	85
<i>B. Gewährleistung von Sicherheit im Rechtsstaat</i>	<i>88</i>
I. Staatstheoretische Ursprünge der Sicherheit	88
II. Grundrechtliche Schutzpflichten	91
III. „Grundrecht auf Sicherheit“ und Subjektivität von Sicherheit	95
IV. Die innere Sicherheit	99
<i>C. Wahrung der rechtsstaatlichen Balance von Freiheit und Sicherheit angesichts von Terrorismus</i>	<i>104</i>
I. Das Verhältnis von Freiheit und Sicherheit	104
II. Wahrung der rechtsstaatlichen Balance angesichts von Ausnahmesituationen	107
III. Abkehr von der traditionellen Gefahrenabwehr	113
3. KAPITEL: EINGRiffe IN DAS RECHT AUF INFORMATIONELLE SELBST-BESTIMMUNG ZUR VERBRECHENS- UND TERRORISMUSBEKÄMPFUNG	117
<i>A. Nationale Maßnahmen</i>	<i>117</i>
I. Terrorismusbekämpfungsgesetze	117
1. Auskunftsbefugnisse der Nachrichtendienste	120
2. IMSI-Catcher	122
3. Biometrische Daten in Pass und Personalausweis	125
II. Antiterrordatei	129
III. Online-Durchsuchung	134
1. Maßgaben des Bundesverfassungsgerichts	134
2. Umsetzung im BKA-Gesetz	137
IV. Automatisierte Erfassung von Kfz-Kennzeichen	140
<i>B. Europarechtliche Maßnahmen</i>	<i>147</i>
I. Übermittlung von Fluggastdaten	147

1. Datenübermittlung in Drittländer	147
2. Das Fluggastdatenübereinkommen zwischen der Europäischen Union und den USA	152
II. Vorratsdatenspeicherung	157
1. Richtlinie 2006/24/EG	157
2. Umsetzung im Telekommunikationsgesetz	162
BESONDERER TEIL: DIE PRÄVENTIVE RASTERFAHNDUNG ALS MITTEL DER TERRORBEKÄMPFUNG NACH DEM 11. SEPTEMBER 2001	169
1. KAPITEL: DIE PRÄVENTIVE RASTERFAHNDUNG	169
<i>A. Allgemeines</i>	<i>169</i>
I. Begriff der Rasterfahndung	169
1. Bedeutung des automatisierten Datenabgleichs	170
2. Negative und positive Rasterfahndung	172
II. Bestimmung des Rasters	174
III. Die repressive Rasterfahndung nach §§ 98 a, 98 b StPO	176
<i>B. Regelung der präventiven Rasterfahndung in den Landespolizeigesetzen</i>	<i>179</i>
I. Überschriften und Begriffe	181
II. Materielle Eingriffsvoraussetzungen	183
1. Kopplung der Rasterfahndung an das Vorliegen einer polizeilichen Gefahr	184
a) Erfordernis einer gegenwärtigen Gefahr	184
b) Erfordernis einer konkreten Gefahr	185
c) Bedeutung der Gefahr und deren Abstufungen	187
d) Bedeutung der geschützten Rechtsgüter	191
e) Einbeziehung der Erforderlichkeit in den Wortlaut der Maßnahme	194
2. Alternative Voraussetzungen unabhängig vom Vorliegen einer polizeilichen Gefahr	196
a) Vorbeugende Bekämpfung, Verhütung und Verhinderung von Straftaten	197
(1) Verhütung von Straftaten	199
(2) Vorsorge für die Strafverfolgung	201
(a) Umstrittene Gesetzgebungskompetenz für die	

Strafverfolgungsvorsorge.....	202
(b) Reichweite des § 98 a StPO	205
(3) Bedeutung für die Gefahrenabwehr	207
b) Straftaten von erheblicher Bedeutung bzw. von besonders schwerwiegender Art	208
(1) Bedeutung der Legaldefinitionen.....	209
(2) Beschränkungswirkung und Bestimmtheit	213
c) Anforderungen an die zu stellende Prognose	216
(1) Erforderlichkeit.....	217
(2) Tatsachen bzw. tatsächliche Anhaltspunkte	217
(a) Sinnvoller Anknüpfungspunkt.....	217
(b) Aufnahme in den Wortlaut	219
(c) Notwendige Tatsachenbasis und Abgrenzung des Gefahren- vorfelds von der Gefahr	220
(3) Subsidiaritätsklausel	225
d) Schlussfolgerungen	227
3. Vorsehen beider Eingriffsschwellen	228
III. Inhalt des Datenabgleichs	230
1. Inhalt und Bedeutung des Übermittlungersuchens	231
2. Verwertungsverbot für so genannte Überschussdaten	233
3. Schutz besonderer Vertrauensverhältnisse	234
IV. Verfahrensrechtliche Vorkehrungen.....	239
1. Entscheidungsvorbehalte.....	240
a) Bedeutung des Anordnungsverfahrens	242
(1) Behördenleitervorbehalt.....	243
(2) Richtervorbehalt	245
b) Fazit	248
2. Beteiligung der Datenschutzbeauftragten	249
3. Löschen und Vernichten der Daten und Unterlagen	252
a) Grundsatz.....	252
b) Ausnahmen	255
(1) Ausnahme von der Pflicht zur Vernichtung der Unterlagen...	256
(2) Ausnahme auch von der Pflicht zur Datenlöschung	257
(3) Umwidmung personenbezogener Daten.....	260
c) Niederschrift	264
4. Benachrichtigung der Betroffenen	265
a) Vom Recht auf Auskunft zur Benachrichtigungspflicht.....	267
b) Bedeutung des Art. 19 Abs. 4 S. 1 GG.....	269
c) Kein überwiegendes Geheimhaltungsinteresse gegenüber den als „Treffer“ geltenden Betroffenen.....	272
5. Bericht an den Landtag	274

C. Einordnung der präventiven Rasterfahndung 275

I. Die präventive Rasterfahndung als Eingriff in das Recht auf informationelle Selbstbestimmung	275
1. Allgemein zur Eingriffsqualität der Rasterfahndung	275
2. Eingriffsrelevante Schritte der präventiven Rasterfahndung	277
3. Keine Grundrechtsbeeinträchtigung der Datenherren	282
II. Die präventive Rasterfahndung als doppelfunktionelle Maßnahme ..	284
III. Einordnung der Rasterfahndung in das System des Gefahren-abwehrrechts	291
1. Die Dogmatik der Gefahren- und Informationsvorsorge	291
a) Wandel des Polizeirechts	291
b) Formulierung und Differenzierung der Befugnisnormen im Gefahrenvorfeld	298
c) Problem der Wahrung der Verhältnismäßigkeit im Gefahrenvorfeld	304
d) Bedeutung des Gefahrenvorfelds und der Informationsvorsorge für die Rasterfahndung	306
e) Ausweitung der betroffenen Personen	308
2. Die präventive Rasterfahndung als Notstandsbefugnis	315
3. Zusammenhang zwischen der Eingriffsintensität und den Eingriffsvoraussetzungen	320
IV. Die präventive Rasterfahndung als so genannter Verdachtsgewinnungseingriff	322

D. Rechtsschutz gegen die präventive Rasterfahndung 325

I. Rechtsstellung der Polizei bei Nichtanordnung der Rasterfahndung bzw. bei Aufhebung der Anordnung	326
II. Rechtsnatur des an die Datenherren gerichteten polizeilichen Übermittlungsersuchens	328
III. Gerichtliches Vorgehen der Datensubjekte gegen die Rasterfahndung	330
1. Gerichtliche Überprüfung der durch einen Behördenleiter angeordneten Rasterfahndung	330
2. Gerichtliche Überprüfung der durch einen Richter angeordneten Rasterfahndung	333
IV. Zeitliche Dimension des Rechtsschutzbedürfnisses und der Klagebefugnis	333

1. Fortbestehen auch nach Abschluss der Maßnahme.....	334
2. Bewertung der Entscheidung des Hessischen Staatsgerichtshofs ...	335
2. KAPITEL: DIE RASTERFAHNDUNG NACH DEN TERRORANSCHLÄGEN VOM 11. SEPTEMBER 2001 UND DEREN GERICHTLICHE BEWERTUNG	339
<i>A. Durchführung und Einordnung der Schläfersuche.....</i>	<i>339</i>
<i>B. Rechtliche Bewertung der durchgeführten Rasterfahndung.....</i>	<i>344</i>
I. Zum Vorliegen einer gegenwärtigen Gefahr	344
1. Rechtswidrigkeit der Schläferfahndung mangels Vorliegens einer gegenwärtigen Gefahr	345
2. Rechtmäßigkeit der Rasterfahndung aufgrund Vorliegens einer gegenwärtigen Gefahr	347
3. Kritik	351
a) Unsachgemäße Ausweitung des Begriffs der gegenwärtigen Gefahr	351
b) Fragliche Geeignetheit der Rasterfahndung zur Abwehr einer polizeilichen Gefahr.....	354
c) Notwendigkeit alternativer Voraussetzungen	356
II. Zum Ort des erwarteten Schadenseintritts	358
III. Zur Verhältnismäßigkeit der Schläferfahndung	361
1. Geeignetheit	362
a) Aufgabe der präventiven Rasterfahndung	362
b) Geeignetheit der Rasterfahndung in Form der Schläfersuche	365
2. Erforderlichkeit	368
a) Grundsätzliche Erforderlichkeit der Schläfersuche	368
b) Fehlende Erforderlichkeit bei Einbeziehung deutscher Staatsangehöriger	370
3. Angemessenheit	373
IV. Beteiligung des Bundeskriminalamts	374
3. KAPITEL: DER BESCHLUSS DES BUNDESVERFASSUNGSGERICHTS ÜBER DIE PRÄVENTIVPOLIZEILICHE RASTERFAHNDUNG.....	379
<i>A. Die verfassungsgerichtliche Entscheidung.....</i>	<i>379</i>
I. Verhältnismäßigkeit der präventiven Rasterfahndung	380
1. Forderung nach Vorliegen einer konkreten Gefahr.....	381
2. Anforderungen an eine konkrete Gefahr	383
II. Beurteilung der angegriffenen Gerichtsbeschlüsse	384

<i>B. Folgen und Reichweite des Urteils</i>	385
I. Bedeutung der Bindungswirkung verfassungsgerichtlicher Urteile	385
II. Kritik am Umfang der verfassungsgerichtlichen Entscheidung.....	388
<i>C. Eingriffsintensität der präventiven Rasterfahndung</i>	390
I. Betroffenheit.....	390
II. Bewertung der Eingriffsintensität	393
1. Ausgangspunkt des Bundesverfassungsgerichts	396
2. Vielfalt und Art, Herkunft und Verwendung der Daten.....	396
a) Vielfalt der Daten	397
(1) Umgehung des Verbots der Datensammlung auf Vorrat.....	398
(2) Gefahr der Schaffung eines teilweisen oder vollständigen Persönlichkeitsbildes	399
b) Persönlichkeitsrelevanz der Daten	402
(1) Allein potentiell hohe Persönlichkeitsrelevanz unzureichend	402
(2) Mögliche Eingriffe in Art. 4, Art. 3 GG	406
(3) Mögliche hohe Persönlichkeitsrelevanz durch Daten- verknüpfung	408
c) Erhebung und Abgleich der Daten.....	409
(1) Rückgriff auf bereits offenbare und gespeicherte Daten	410
(2) Heimlichkeit der Maßnahme	412
(3) Fehlende Anonymität der Betroffenen	413
(4) Zeitlicher Aspekt der Rasterfahndung	415
3. Verdachtslosigkeit und große Streubreite der Rasterfahndung	416
a) Verdachtsloses Eingreifen der Rasterfahndung.....	417
b) Große Streubreite der Rasterfahndung	419
4. Folgen der Rasterfahndung	422
a) Erhöhtes Risiko der Betroffenen, Gegenstand staatlicher Ermittlungsmaßnahmen zu werden	422
b) Mögliche stigmatisierende Wirkung der Rasterfahndung	424
c) Möglicher Einschüchterungseffekt der Rasterfahndung.....	427
5. Fazit.....	429
<i>D. Abwägung und Kritik</i>	431
I. Anforderungen an die Angemessenheit eines Gesetzes	432
II. Abwägung	433
1. Hochrangigkeit der gegenüberstehenden Rechtsgüter	433
2. Beachtung der Eigentümlichkeiten der präventiven Rasterfahndung.....	435

3. Konkrete Betrachtung der Schläfersuche	436
III. Bewertung der die Schläfersuche auslösenden Umstände.....	438
IV. Wahrung der grundgesetzlichen Anforderungen durch Rasterfahndungsvorschriften im Gefahrenvorfeld.....	440
1. Auf Tatsachen gestützter Ausgangspunkt	440
2. Keine Uferlosigkeit der alternativen Vorschriften	441
a) Ausreichende Bestimmtheit und Beschränkungswirkung der Vorfeldvorschriften.....	442
b) Bestimmbarkeit der für den Einzelfall benötigten Daten	445
V. Bedeutung des veränderten Sicherheitsgefüges.....	446
ZUSAMMENFASSUNG DES ALLGEMEINEN TEILS	451
ZUSAMMENFASSUNG DER WICHTIGSTEN ERGEBNISSE DES BESONDEREN TEILS	459
ANHANG.....	471
LITERATURVERZEICHNIS.....	487